In Sachen

DIE GRÜNEN Landesvorstand Baden-Württemberg,
vertr. d. R aus S

g e g e n

-Antragsteller-

DIE GRÜNEN Bundesvorstand,
vertr. d. d. Bundesgeschäftsführer W aus B,

wegen Beschlußanfechtung
hier: Antrag auf Einstweilige Anordnung

-Antragsgegner-

hat das Bundesschiedsgericht der Partei DIE GRÜNEN am 12.05.1989 durch Gustav Schnepfer als Vorsitzenden, die gewählten Beisitzer Rainer Hasenbeck und Johann Müller-Gazurek sowie die von den Parteien benannten Beisitzer Ernst Hustädt im Wege der Einstweiligen Anordnung beschlossen:

Dem Antragsgegner wird bis zu einer Entscheidung des Bundesschiedsgerichts in der Hauptsache vorläufig untersagt, das Gehalt für die geschäftsführenden Bundesvorstandsmitglieder und die BeisitzerInnen demjenigen der ReferentInnen des Bundesverbandes anzugleichen.

Entscheidungsgründe

I.

Das Schiedsgericht kann jederzeit auf Antrag eine Einstweilige Anordnung erlassen (§ 12 I SchGO).

Ein entsprechender Antrag wurde vom Antragsteller mit Schriftsatz vom 18.04.1989 gestellt.

Zwar wurde dieser Antrag als Beschwerde gegen den Vorbescheid vom 06.04.1989 bezeichnet.

In Ermangelung der Antragsbefugnis des geschäftsführenden Landesvorstandes (fehlender Organstatus gem. § 3 I SchGO) wurde der Verfahrensmangel durch Beschlußfassung des Antragstellers vom 16.04.1989 in der Hauptsache geheilt, so daß dem Antragsteller die Antragsbefugnis zum Erlaß einer Einstweiligen Anordnung zusteht. Da der jetzige Antragsteller mit dem früheren Antragsteller nicht identisch ist, und lediglich der frühere Antragsteller gegen den Vorbescheid vom 06.04.1989 beschwerdebefugt ist, handelt es sich nicht um eine Beschwerde gegen den Vorbescheid, sondern um einen neuen Antrag auf Erlaß einer Einstweiligen Anordnung.

II.

Der zulässige Antrag auf Erlaß einer Einstweiligen Anordnung ist auch begründet.

1. Eine Einstweilige Anordnung wird in Bezug auf den Streitgegenstand, wie er sich aus dem Hauptsacheverfahren ergibt, dann erlassen, wenn die Gefahr besteht, daß durch eine Veränderung des bestehenden Zustandes die Verwirklichung eines Rechts des Antragstellers vereitelt oder wesentlich erschwert werden könnte.

Einstweilige Anordnungen sind auch zur Regelung eines vorläufigen Zustandes in Bezug auf ein streitiges Rechtsverhältnis zulässig, wenn diese Regelung, vor allem bei dauernden Rechtsverhältnissen, um wesentliche Nachteile abzuwenden oder drohende Gewalt zu verhindern, oder aus anderen Gründen notwendig erscheint. Diese Voraussetzungen sind vorliegend gegeben.

2. Der Antragsteller macht geltend, daß über die Anträge zum Tagesordnungspunkt "Finanzen/Professionalisierung" auf der Bundesversammlung vom 5. März 1989 in Duisburg keine ordnungsgemäße Beschlußfassung erfolgt sei, da das Tagungspräsidium die vorliegenden Anträge nicht ordnungsgemäß zur Abstimmung gestellt und das Abstimmungsergebnis unrichtig festgestellt habe.

Anträge auf ordnungsgemäße Auszählung seien nicht aufgenommen oder befolgt worden. Angesichts der besonderen Bedeutung der Beschlußfassung für die Partei habe über den Antrag eine umfassende Diskussion ermöglicht werden müssen; dem gegenüber habe das Tagungspräsidium lediglich je eine Pro- und Contra-Wortmeldung zugelassen.

3. Demgegenüber vertritt der Antragsgegner die Auffassung, daß die Beschlußfassung ordnungsgemäß und in verfahrensmäßig nicht zu beanstandender Weise erfolgt sei. Auf Antrag des Bundesschatzmeisters habe der Bundeshauptausschuß den Beschluß der Bundesversammlung in seiner Sitzung vom 22./23.04.1989 ausdrücklich bestätigt, so daß der Beschluß vom Antragsgegner zu vollziehen sei.

Über das Thema sei seit geraumer Zeit eine Diskussion im Gange. Demzufolge sei zur Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen bereits früher eine Satzungsänderung erfolgt. Auch aus dem Protokollauszug über die Versammlung sei nichts zu entnehmen, was die Auffassung des Antragstellers bestätigen würde. Diejenigen Bundesvorstandsmitglieder, die ihre Bereitschaft zur Kandidatur erklärt hätten, hätten dies vor dem erwarteten Hintergrund einer entsprechenden Beschlußfassung der Bundesversammlung getan. Teile der Bundesvorstandsmitglieder seien nicht in der Lage oder bereit, ohne Bezahlung ihre Funktion auszuüben.

4. Der Antragsteller hat einen Anordnungsanspruch. Bei der gebotenen summarischen Prüfung kann dem Antrag des Antragstellers eine überwiegende Erfolglosigkeit nicht bescheinigt werden.

Im Protokollauszug heißt es wörtlich:

R (Präsidium):

"Danke M. Ich komm dann zur Alternativabstimmung. Also, es gibt jetzt die Alternativabstimmung. Das erste wäre... Der erste Antrag wäre: Der geschäftsführende Vorstand - nur der geschäftsführende Vorstand - wird professionalisiert. Alternativ dazu: Der geschäftsführende Vorstand wird professionalisiert und auf Antrag alle anderen beim BHA. Wir sind in der Abstimmung jetzt. Ich bitte, nicht mehr zu unterbrechen. Wer ist für den Antrag, daß nur der geschäftsführende Vorstand professionalisiert wird, den bitte ich um das Kartenzeichen. Danke schön. Wer ist dafür, daß der geschäftsführende Vorstand professionalisiert wird und der andere auf Antrag? Danke schön. Wer enthält sich? Danke. Das zweite war die Mehrheit. Damit ist also sichergestellt, daß der gesamte BuVo professionalisiert werden kann auf Antrag. Nun müssen wir noch klären, auf welche Weise der BuVo professionalisiert werden soll. Ich merk, es gibt Unruhe. Wir machen das jetzt schnell durch und dann wird anschließend der Bundesvorstand in seiner Gesamtheit vorgestellt. Also, ihr könnt jetzt wirklich noch 2 Minuten warten für den Fototermin. Also, wir haben laut der Anträge, die Euch vorliegen, das ist F1, F2, F3, F4, F17, vier verschiedene Möglichkeiten. Wir sind jetzt mitten in der Abstimmung und ich laß jetzt keinen GO-Antrag zu. Wir wollen endlich fertig werden. Nimm doch bitte ein bißchen Rücksicht auf die Versammlung hier und nicht nur auf Deinen eigenen Willen. Also, wir haben vier Möglichkeiten.

Ich laß jetzt ein Meinungsbild machen. ... Es hat sich jetzt aufgrund der Abstimmung ganz deutlich ergeben, daß die Mehrheit von Euch laut dem Meinungsbild eine Bezahlung nach BAT III favorisiert. Deswegen wollen wir das ganz kurz jetzt noch mal darstellen und den Antrag begründen und anschließend können wir abstimmen. O.k. der A hat ihn ausgiebig begründet. Deswegen kann ich gleich abstimmen. Wer von Euch ist also dafür, daß wir den BuVo mit BAT III professionalisieren? Entsprechend - das ist wichtig noch - 35 Jahren, da das sonst noch mehr werden würde. Wer ist für diese Lösung? Das ist jetzt die endgültige Abstimmung. Danke schön. Wer ist dagegen. Dann ist dieser Antrag mit ... Wer enthält sich bitte ? Dann ist dieser Antrag mit eindeutiger Mehrheit angenommen. Ich danke. Wir haben das dann mal endlich geklärt."

Aus dem Protokollauszug ergibt sich nicht, daß nach dieser Schlußabstimmung Anträge auf Auszählung gestellt worden wären. Allerdings gibt der Protokollauszug nur die Aussagen von R wieder. Zur näheren Aufklärung erscheint es dem Bundesschiedsgericht unerläßlich, im Rahmen der mündlichen Verhandlung

den Tonbandmitschnitt abzuhören, um hierdurch Feststellungen auf etwaige Zwischenrufe treffen zu können.

Aus der weiteren Versammlungsleitung ergibt sich jedoch, daß Unterbrechungsversuche stattgefunden haben und Unruhe eingetreten ist. Zwar ergibt sich, daß die Unruhe in Verbindung mit dem Fototermin für die Vorstellung des gewählten Bundesvorstandes aufgetreten ist. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, daß die Unruhe sich auch auf andere Umstände bezogen hat. Auch insoweit ist die Abhörung des Tonbandmitschnittes zur Aufklärung in der Hauptsache erforderlich.

Daß eine umfassende Debatte über den Antrag nicht stattgefunden hat, wurde vom Antragsgegner nicht bestritten. Auch aus der Tonbandabschrift ergibt sich an anderer Stelle, daß R für jeden der beiden Anträge einen Redebeitrag mit anschließender alternativer Abstimmung zugelassen hat, wobei die Vertreterin des Antragstellers den ersten Redebeitrag hielt. Dieser Beitrag bezog sich allerdings ausweislich des Protokollauszuges auf den Antrag, nur den geschäftsführenden Vorstand zu professionalisieren und über eine weitergehende Professionalisierung später zu debattieren angesichts der vorgerückten Stunde.

Nach der Gegenrede von S stellte R die beiden Anträge zur alternativen Abstimmung und bat darum, nicht mehr unterbrochen zu werden, da man sich in der Abstimmung befinde. Sie ließ vorher ausschließlich auch keinen GO-Antrag zu, da man in der Abstimmung sei und endlich fertig werden wolle.

Welcher Art die Unterbrechungsversuche und der GO-Antrag waren, kann im Einstweiligen Anordnungsverfahren nicht geklärt werden. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß sich bei genauer Sachverhaltsaufklärung der Vortrag des Antragstellers bestätigt und damit die Beschlußfassung nicht ordnungsgemäß zustande gekommen ist.

5. Nachdem der Bundesvorstand auf ausdrückliche Anfrage nochmals mit Schreiben vom 12.05.1989 bestätigt hat, daß der Bundesvorstand entsprechend der Beschlußfassung der Bundesversammlung verfährt, besteht auch ein Anordnungsgrund.

Die Beschlußfassung wie auch die Art und Weise ihres Zustandekommens hat innerhalb der Mitgliedschaft Widerspruch erfahren. Mindestens ein KV (B-H) hat den Antragsgegner darum gebeten, die Ausführung des Beschlusses auszusetzen, bis auf der Fortsetzungs-Versammlung in Münster über den Antrag nochmals diskutiert und beschlossen werde.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß auf der Bundesversammlung ein sog. Rückholantrag gestellt wird, der mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit beschlossen und damit zu einer Neubehandlung des Antrages führen wird.

Angesichts der rechtlichen Unsicherheit schafft der Antragsgegner durch Vollziehung des angefochtenen Beschlusses Tatsachen, welche möglicherweise rückgängig zu machen sind.

Bei der gebotenen Interessenabwägung ist es den betroffenen Bundesvorstandsmitgliedern zuzumuten, die Höhe ihrer Vergütung bis zu einer etwaigen Neubefassung der Fortsetzungs-Bundesversammlung bzw. bis zu einer Entscheidung des Bundesschiedsgerichts in der Hauptsache nicht exakt bestimmen zu können, zumal alle Bundesvorstandsmitglieder sich zu einer Kandidatur bereit erklärt haben, als die Höhe ihrer Vergütung noch nicht von der Bundesversammlung beschlossen war. Die Bundesvorstandsmitglieder haben damit in Kauf genommen, ggfs. auch zu den bisherigen Bedingungen (s. Beschlußfassung Bundesversammlung Duisburg 1987) tätig zu werden.

Es ist den Bundesvorstandsmitgliedern eher zuzumuten, mit dem Erhalt weitergehender Bezüge (BAT III) bis zum Verfahrensabschluß zu warten als nach erfolgter Auszahlung auf der Grundlage von BAT III für den Fall des Obsiegens des Antragstellers zuviel erhaltene Bezüge zurückerstatten zu müssen, zumal ihnen bekannt ist, daß die Beschlußfassung vom Antragsteller angefochten wurde.

Der Vertrauensschutz der einzelnen Bundesvorstandsmitglieder in die erfolgte Beschlußfassung der Bundesversammlung ist deshalb im Rahmen des vorläufigen Rechtsschutzverfahrens geringer zu bewerten.

6. Nach allem war deshalb die beantragte Einstweilige Anordnung zu erlassen.
7. Die Entscheidung ergeht gem. § 13 II 1 der SchGO kostenfrei.